

Vom Skandal zum Kosmopolitismus

Im Spiel der weltweit operierenden Mächte und Gegenmächte hat der Nationalstaat ausgedient. Der Soziologe Ulrich Beck sucht nach neuen Regeln der Politik im Zeitalter der Globalisierung.

Von Daniel Speich

Bereits 1997 hat Ulrich Beck in einem Buch zu erklären versucht, was Globalisierung ist. Nun legt der Münchner Soziologe erneut eine umfassende Studie vor, die der Frage nachgeht. Zu Recht, denn die Konsequenzen des Phänomens sind in der Zwischenzeit deutlicher geworden. Die Rede vom unaufhaltsamen Prozesse der Globalisierung ist um den Globus gegangen, und spätestens mit dem Protest gegen den Gipfel der Welthandelsorganisation in Seattle 1999 haben neue Akteure die Weltbühne gestürmt: die Globalisierungsgegnerinnen und -gegner, die eine verantwortungsbewusste Weltpolitik verlangen.

Vor fünf Jahren noch sah Ulrich Beck in der Globalisierung einen Skandal. Damals ging es ihm um das Auftreten multinationaler Unternehmen, die sich über alle nationalstaatlichen Ordnungen hinwegsetzen. Unter den Stichworten der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung lief in den meisten Ländern eine Verbetriebswirtschaftlichung des Staates. Die Trennung zwischen Wirtschaft und Politik habe in der Geschichte der modernen Industrienationen immer eine zentrale Rolle gespielt, mahnte Beck und klagte die neoliberale Ideologie an, die Unterscheidung leichtfertig aufzugeben. In seinem neuen Buch «Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter» gibt es keine Skandale mehr. Globalisierung wird als eine unabänderliche Verschiebung der weltweiten Machtverhältnisse beschrieben. Sie betrifft weniger die Wirtschaft als vielmehr die Politik und ist so fundamental, dass sie nur noch mit «Grabreden» auf zentrale Konzepte der Moderne zu kommentieren ist. Nicht nur der Sozialismus, sondern auch der Nationalismus und selbst der Neoliberalismus sind laut Beck verbraucht. Seine Analyse gilt dem Verhältnis von weltweiten Mächten und Gegenmächten im Zeichen einer neuen weltpolitischen Ökonomie.

Die Kategorien, in denen Politik heute noch beschrieben wird, stammen aus der Zeit der Aufklärung, und die entlehnte sie ihrerseits aus der griechischen Antike. Die Polis bildet nicht nur sprachlich die Wurzel unseres Politikbegriffes, sondern auch inhaltlich. Innerhalb der Polis herrschten verbindliche Regeln der Auseinandersetzung um divergierende Interessen. Im 19. Jahrhundert wurde die Polis zum Nationalstaat. In der mittlerweile weltumspannenden Dimension hat man versucht, kollektive Probleme durch internationale Gremien zu verwalten. Doch es haben sich von drei Seiten her Gegenmächte etabliert. Erstens stellen nicht gouvernementale Organisationen wie Greenpeace oder Amnesty International ihre Strategien zu-

nehmend in den Dienst einer weltweiten Zivilgesellschaft. Sie beschäftigen sich auf übernationaler Ebene mit der ökologischen Nachhaltigkeit, sozialen Gerechtigkeit oder der Einhaltung der Menschenrechte. Als globale Organisationen wettern sie nicht gegen die Globalisierung, sondern gegen Befürworter gewisser Ausformungen davon. Sie sind, so Beck, «Globalisierungsbefürwortungsgegner».

Das Unwort bezeichnet auch Wirtschaftsführer, die für enthemmte globale Kapitalströme sind, sich aber gegen weltweite Umverteilungsmechanismen stemmen. Und das Wort umschreibt selbst jene rechtspopulistischen Strömungen, die in verschiedenen Staaten den Kampf gegen die Globalisierung auf ihre Fahnen geschrieben haben. Rechtspopulisten schlagen politischen Gewinn daraus, dass Regierungen für viele Probleme keine Lösungen mehr anzubieten haben, weil sie globaler Natur sind. Zugleich sind Rechtspopulisten mittlerweile weltweit vernetzt. Macht und Gegenmacht, so schliesst Beck, sind Komplizen bei der Verwirklichung eines neuen kosmopolitischen Regimes.

Regierungen ohne Lösungen

Beck diagnostiziert eine «schöpferische Selbstzerstörung» der von Nationalstaaten dominierten Weltordnung. In diesem Wandel versucht er neue Leitlinien zu finden und greift dabei auf Immanuel Kants Vorstellung des Kosmopolitismus zurück, die das politische Handeln in den Dienst eines weltbürgerlichen «ewigen Friedens» stellte. Die Kritik an den universalistischen Konzepten der Aufklärung ist mittlerweile differenziert, und auch Beck weiss, dass sich die Rezepte nicht ohne weiteres finden lassen. Sein neuer Kosmopolitismus meint nicht die Einebnung sozialer und kultureller Differenzen, sondern beschränkt sich auf eine Handlungsperspektive.

Der ewige Friede Kants realisiert sich heute als «ewiger Unfriede», weil demokratisch legitimierte Sanktionsgewalten fehlen, die der Ökonomie griffige Regelwerke beiseite stellen könnten. Im Vergleich zur Globalität der Wirtschaft und zur entstehenden Weltzivilgesellschaft - könnte man meinen -, ist die Globalisierung der Politik ins Hintertreffen geraten. Falsch! sagt Beck. Es gibt bereits einen «weltinnenpolitischen» Handlungsraum, in dem neben NGOs und Multis auch nationalstaatliche Regierungen als Akteure präsent sind. Die Weltpolitik hat sich von den Staaten gelöst.

Beck skizziert diese Perspektive, malt aber kein vollständiges Bild. Vielmehr zieht sich der Soziologe, der es immer wieder wortgewaltig verstanden hat, drängenden Gegenwartsproblemen begriffliche Formen zu verleihen, auf die Position des nachdenklichen Warners zurück. Er sieht im globalen Machtspiel eine gnadenlose Realpolitik aufziehen. Die Aussicht auf einen neuen «kosmopolitischen Machiavellismus» stimmt nicht froh.

Ulrich Beck: Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main 2002. 472 S., 34,80 Fr.

Beck diagnostiziert eine «schöpferische Selbstzerstörung» der Weltordnung.